

Kenya zwischen Kontinuität und Erneuerung: Bilanz des ersten Jahres der Regierung Mwai Kibaki

Peters, Ralph-Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Peters, R.-M. (2004). Kenya zwischen Kontinuität und Erneuerung: Bilanz des ersten Jahres der Regierung Mwai Kibaki. *Afrika Spectrum*, 39(1), 119-133. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-107308>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Kurzbeitrag / Report

Kenya zwischen Kontinuität und Erneuerung

Bilanz des ersten Jahres der Regierung Mwai Kibaki

Ralph-Michael Peters

Im ostafrikanischen Kenya hat die neue Regierungskoalition der *National Rainbow Coalition* (NARC) von Präsident Mwai Kibaki ein Jahr nach ihrem glanzvollen Sieg¹ noch kein inneres Machtgleichgewicht gefunden. Die daraus resultierenden internen Machtkämpfe im NARC-Bündnis verlaufen entlang der alten ethnisch-politischen Muster. Sie gefährden den Zusammenhalt der Regierung und damit auch die durchaus nicht geringen Reformfortschritte des ersten Regierungsjahres. Im folgenden werden die wesentlichen Reformschritte der neuen Regierung und ihre Implikationen skizziert. Daran schließt sich eine Analyse und Einschätzung der aktuellen internen Machtkämpfe an.

Die neue NARC-Regierung – Reformeifer und erste nachhaltige Reformen

Die neue Regierung Mwai Kibaki, getragen von einer Welle der Euphorie (dem Gallup-Institut zufolge waren die Kenyaner Ende 2002 das optimistischste Volk der Welt; vgl. www.gallup-international.com), stand und steht vor zahlreichen enormen Aufgaben:

1 Kibaki war am 27. Dezember 2002 mit 61,7% zum Präsidenten gewählt worden. Sein größter Widersacher, Uhuru Kenyatta, vom scheidenden Präsidenten Daniel arap Moi in Eigenregie zum Kandidaten der bisherigen Regierungspartei KANU erkoren, erhielt lediglich 31,2%. Bei den Parlamentswahlen gewann Kibakis Parteienbündnis NARC (National Rainbow Coalition) 125 der 210 Mandate, während die KANU auf 63 Parlamentssitze kam, was einem Minus von 44 Sitzen gegenüber den Wahlen 1997 entsprach (vgl. Peters 2002).

2 Die *Gallup-International Association* führt jährlich ihren *End-of-the-year-poll* durch, mit dem sie die gesellschaftliche und politische Stimmung in 60 Ländern untersucht. In Kenya waren Ende 2002, als sich der NARC-Sieg bereits abzeichnete, 77% der Bevölkerung der Auffassung, dass 2003 ein besseres Jahr als 2002 werde.

- Revitalisierung einer Wirtschaft in Dauerrezession (BIP-Wachstum von durchschnittlich nur rund 1,6% zwischen 1992 und 2002 (eigene Berechnung auf der Basis der Economic Intelligence Unit Country Reports Kenya) bei Bevölkerungswachstum von über 2% (vgl. UNDP: Human Development Reports) und damit einem seit mehr als einer Dekade kontinuierlich gesunkenen Pro-Kopf-Einkommen,
- Verbesserung der Lebensbedingungen des Großteils der Bevölkerung (55,4% unterhalb der absoluten Armutsgrenze (vgl. UNDP Human Development Report 2003); eine seit 1988 von 58 auf 46,4 Jahre gesunkene Lebenserwartung (vgl. ebda.); Kinderarbeitsrate von rund 37%; vgl. Daily Nation „Life expectancy on the decline“, 5.12.2003),
- Beginn einer nachhaltigen Aidsbekämpfung (täglich sterben 600 Kenyaner an Aids; vgl. Theroux 2003);
- Instandsetzung einer durch und durch maroden Infrastruktur (insbesondere Straßen und Energie).

Die alles überwölbende Herausforderung aber ist die der Korruptionsbekämpfung, die sich auf nahezu alle Bereiche des öffentlichen Lebens erstrecken müsste. Dies verlangt nicht viel weniger als eine radikale Veränderung der politischen Kultur und ist damit nur als langfristige Aufgabe zu verstehen.

Frisch im Amt begann die Regierung bereits im Januar 2003 mit der Umsetzung ihres Wahlversprechens des kostenlosen Besuchs der Grundschule. Dies sorgte zunächst für erhebliches Chaos, weil nicht vermittelt worden war, was „kostenlos“ hieß. Die Regierung verstand darunter die Streichung der Schulgebühren, zahlreiche Eltern im ganzen Land aber gingen davon aus, dass damit nun auch die Kosten für Schuluniformen, Bücher und sogar Schulmilch vom Staat getragen würden. Vor allem aber waren die Schulen auf den Ansturm von rund 1 Million neuer Schüler nicht eingerichtet. Existierte bereits vor dem Beginn der Maßnahme ein Defizit von rund 30.000 Lehrern insgesamt (Primar- und Sekundarschulbereich), so hat dieser Schritt den Bedarf auf bis zu 60.000 Lehrer verdoppelt (vgl. *Daily Nation*, „6.500 Teachers about to be hired“, 31.7.2003). Verschärft wird die Situation noch dadurch, dass täglich durchschnittlich 17 Lehrer an Aids sterben, im Jahr mithin mehr als 6.200 (vgl. *East African Standard*, „Aids: Over 6.000 teachers die yearly; 11.08.02). Mit Unterstützung der Weltbank (rund \$ 50 Millionen) wurden in einem ersten Schritt ab August 4.000 neue Lehrerstellen geschaffen (vgl. *Daily Nation* ebda). Weiter ungeklärt bleibt aber, wie die zumeist sehr schlechte Ausstattung der Schulen (Mobiliar, Lehrmaterialien) verbessert und wie die seit den 1990er Jahren strittige Frage der Erhöhung der Lehrergehälter gelöst werden kann. Hier wird deutlich, was für etliche andere Maßnahmen (v.a.

der ersten Monate) ebenfalls gilt: Großer Reformeifer der neuen Regierung, aber keine kohärente Politik, Einzelmaßnahmen, die – weil nicht Teil einer Sektorstrategie – nur begrenzte Wirkungen haben und Gefahr laufen, Engagement und Hoffnungen der Zielgruppen zu frustrieren.

Korruptionsbekämpfung versteht die Kibaki-Regierung zutreffend als Querschnittsaufgabe für alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Besondere Schlüssel-sektoren sind Polizei und Justiz. Institutionell verankert wurde der Anti-Korruptionskampf durch die Gründung einer eigenständigen Behörde, rechtlich abgesichert durch v.a. zwei Gesetze.

Das sehr kompetente und agile *Kenya Chapter* von *Transparency International* stuft 2002 die Polizei als einen der korruptesten Bereiche des öffentlichen Sektors ein (vgl. EIU Country Report August 2003: 17). Dass Nairobi zu den unsichersten Städten der Welt gehört, liegt mithin nicht nur an der mit hohen Politikern eng verbundenen organisierten Kriminalität, nicht nur an dem relativ problemlosen Import von Waffen über Somalia und den Sudan und auch nicht nur an den verheerenden sozialen Bedingungen, die dazu führen, dass selbst zahllose arbeitslose Universitätsabsolventen die Kriminalität dem Nichtstun und dem Hunger vorziehen. Dies liegt zumindest gleichermaßen auch am desolaten Zustand der Polizei, die zur Aufbesserung ihres mageren Salärs schon mal Uniformen an organisierte kriminelle Banden verleiht. Die Unfähigkeit der Polizei, das staatliche Gewaltmonopol aufrecht zu erhalten bzw. wiederherzustellen, hat in den 1990er Jahren zur Gründung zahlreicher Nachbarschaftsorganisationen beigetragen, v.a. in Nairobi und dort interessanterweise nicht nur in den zahlungskräftigen Stadtvierteln, in denen weiße Mitarbeiter internationaler Organisationen und Angehörige der afrikanischen Oberschicht wohnen, sondern auch in den Mittelklasse-Wohnvierteln (Buru-Buru, South-C etc). Nun wird die Sicherheit dort von privaten Firmen oder Polizisten überwacht, deren Gehälter von den Stadtteilgemeinschaften aufgestockt werden. Wird hier das staatliche Gewaltmonopol weiterhin anerkannt und lediglich durch private Initiative ergänzt, so hat in ländlichen und armen städtischen Gebieten bereits eine Kommunalisierung der Gewalt begonnen. Organisierte kriminelle Banden hebeln hier das staatliche Gewaltmonopol aus und schaffen faktisch ein Gewaltoligopol (zu Nairobi's Slum Kariobangi, vgl. Anderson 2002; zum Begriff „Gewaltoligopol“: Mehler 2003).

Unzureichende Bezahlung und schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen gelten als die Hauptgründe für die weitgehende Inaktivität der Polizei bei der Verbrechensbekämpfung. Um Arbeitsmoral und -ethik zu heben, hat die Regierung seit Juli 2003 die Löhne erheblich erhöht, mit der Sanierung der Unterkünfte und der Verbesserung der Ausrüstung begonnen. Politische Bildung (v.a. im Hinblick auf Menschenrechte) soll in das Ausbildungs-Curriculum aufgenommen werden. Das derzeitige Verhältnis von Polizist pro Bürger von 1:950 soll durch die Einrichtung von 68.000 neuen Stellen in den nächsten 5 Jahren auf

das von der UN empfohlene Verhältnis von 1:405 gebracht werden – eine äußerst ambitionierte Aufgabe, die ohne maßgebliche Unterstützung der internationalen Geber nicht zu realisieren sein wird (vgl. EIU Aug. 2003: 17; *Daily Nation*, „Force needs 19,225 more officers“, 30.6.2001)

Wie umfangreich und langfristig die Aufgabe ist, zeigt der Mitte Dezember 2003 veröffentlichte „*Torture Status Report*“ der *Independent Medico Legal Unit*. Demzufolge hat die Zahl von Folterungen und Misshandlungen in kenyanischem Polizeigewahrsam von 100 im Jahr 2002, dem letzten Amtsjahr des Autokraten Moi, auf 294 im ersten Jahr der Kibaki-Administration zugenommen (inklusive 9 Fällen mit Todesfolge). Der Unterschied zwischen beiden Regierungen liegt zweifellos darin, dass unter Moi (zumindest bis in die 1990er Jahre hinein) Folterungen oft aus politischen Gründen erfolgten und über weite Phasen einen systematischen Charakter hatten, während unter Kibaki kein Muster vorhanden ist. Für die Betroffenen macht dies freilich keinen Unterschied. Dies verdeutlicht, wie sehr gewaltsame Behandlung von Inhaftierten innerhalb der Polizei „habitualisiert“ ist. Ansätze zur Umsetzung des Versprechens der Inaugurationsrede Kibakis, Menschenrechte einzuhalten und die Zeit staatlicher Misshandlungen zu beenden, sind erkennbar, ihre Auswirkungen in der Praxis indes noch nicht.

Die Reform des zweiten zentralen Bereichs, des Justizsektors, wurde durch einen Paukenschlag initialisiert: der Veröffentlichung des Untersuchungsberichts der Kommission von Richter Aaron Ringera, einem in allen politischen Lagern weitgehend anerkannten Juristen, über Korruption innerhalb der Justiz. Die ursprünglich gar nicht unmittelbar geplante Veröffentlichung setzte die zunächst noch zögerliche Regierung unter Handlungsdruck, denn der Inhalt war äußerst brisant: Namentlich listete der Bericht auf, welche Richter sich im einzelnen haben bestechen lassen, darunter zahlreiche prominente Vertreter wie Richard Kwach vom Berufungsgericht, der 1999 noch selbst eine Kommission zur Untersuchung von Korruption innerhalb des Justizwesens geführt hatte. Auch der Präsident des Ostafrikanischen Gerichtshofes fand sich unter den Beschuldigten. Insgesamt nannte der Bericht 6 der 12 Richter des Berufungsgerichts, 17 der 44 Richter des Obersten Gerichtshofes und 82 der 254 Magistratsrichter (vgl. *Africa Confidential*, „The best money can buy“, 7.11.2003). Anders als bei der Polizei kann diese Verbreitung von Korruption im Justizwesen nicht mit schlechten Gehältern erklärt werden: Die Richter zählen zu den Top-Verdienern des Landes. An den beiden höchsten Gerichten (Berufungs- und Oberstes Gericht) beziehen sie Gehälter zwischen € 2.000 und € 5.000 mit bis zu € 3.000 monatlichen Spesen. Ursprünglich war die Immunisierung der Richter gegen Korruption ein Hauptargument für die hohen Bezüge gewesen. Durch den Bericht wurde jedoch lediglich aktenkundig, worüber in der Öffentlichkeit hinter vorgehaltener Hand längst gesprochen wurde. Einzelne Richter waren unter Spitznamen wie

Cashbox oder *Tollstation* zu fragwürdigem Ruhm gelangt. „*Why hire a lawyer if you can buy a judge?*“, fragen sich zahlreiche begüterte Kenyaner. Die Preisliste für Freisprüche reichte von € 22 bis € 550 bei Diebstahl bis hin zu Summen zwischen € 500 und € 11.000 bei Mord (abhängig von der Instanz). Vor dem letztinstanzlichen Berufungsgericht waren dann bei Mordanklage schon bis zu € 165.000 fällig. Mehrere Richter sind mittlerweile zurückgetreten und sichern sich so ihre Pensionszahlungen, viele aber ziehen das Tribunal unter Vorsitz von Richter Akilano Akiwumi, der sich öffentliche Meriten mit der Leitung einer Anhörungskommission zu den „*ethnic clashes*“ der 1990er Jahre erworben hatte, vor. Falls für schuldig erklärt, drohen ihnen dann Gefängnis und Streichung sämtlicher Pensionsansprüche. Durch diese Radikalkur ist die Funktionsfähigkeit des Justizwesens zunächst einmal erheblich beeinträchtigt. Justizminister Kiraitu Murungi hat mittlerweile insgesamt 11 neue Richter an die beiden obersten Gerichte, jedoch noch keine neuen an die Magistratesgerichte berufen. Mit der Anfechtung zahlreicher früherer Urteile ist zu rechnen. Das „Ausmisten des Augias-Stalls“ ermöglicht der Regierung – im Namen der Korruptionsbekämpfung – auch die Positionierung eigener Gewährsleute. Dabei ist, wie bei etlichen anderen Stellenbesetzungen auch, eine ethnisch-regionale Schlagseite offensichtlich. Wenn auch anders als unter Moi bei der Vergabe von Posten Professionalität und Kompetenz zentrale Kriterien sind, werden Angehörige der *Mount Kenya*-Völker – also der Kikuyu von Präsident Kibaki³, der Meru von Justizminister Murungi und der Embu – stärker berücksichtigt als Vertreter anderer ethnischer Gruppen. V.a. die Korruptionsvorwürfe gegen Richter Kwach, einen Luo, kamen Kibaki gelegen, gaben sie ihm doch die nachträgliche Rechtfertigung für die Nichteinhaltung seines Versprechens vor der Wahl, Kwach zum neuen *Chief Justice* zu ernennen – der Posten war nun an Evans Gicheru gegangen, einen Kikuyu und alten Weggefährten Kibakis.

Auf eine neue rechtliche Grundlage ist die Korruptionsbekämpfung durch zwei Gesetze gestellt worden, deren Verabschiedung im Mai auch zu den Grundbedingungen von IWF und Weltbank für die Wiederaufnahme der mit kurzer Unterbrechung seit 1997 ausgesetzten programmgebundenen Finanzhilfen zählte. Der *Public Officers Ethics Act* verfügt, dass alle Staatsbediensteten, einschließlich des Präsidenten und seines Kabinetts, ihre Einkommen, Vermögen und Verbindlichkeiten sowie die ihrer Angehörigen offen legen müssen. Versäumnisse, dies zu tun, und Falschinformationen sind unter Strafe gestellt. Damit soll der unter den Vorgängerregierungen üblichen ungehinderten Selbstbereicherung ein Riegel vorgeschoben werden. Doch ist bislang das Verfahren zur Einsicht und Überprüfung der Vermögensverhältnisse unklar. Auch scheinen

3 Die Kikuyu sind das größte Volk des Landes mit einem Anteil von 18,5% an der Gesamtbevölkerung, zusammen mit den ihnen verwandten Embu und Meru kommen sie auf rund 25%.

die acht eingerichteten Kommissionen nicht hinreichend ausgestattet, um die Angaben von 600.000 Staatsbediensteten zu prüfen. Nichtsdestotrotz hatten die Erklärungen der Vermögensverhältnisse durch Kibaki und seine Minister eine enorme positive symbolische Wirkung.

Das zweite Gesetz, der *Anti Corruption and Economic Crimes Act*, schuf die Grundlage für die Neugründung der Anti-Korruptionskommission, die bis November 2003 345 Fälle, darunter etliche ihrer zahnlosen Vorgängerorganisationen, untersuchte und bislang zu 6 Verurteilungen und 12 Freisprüchen gekommen war, allesamt im mittleren bis unteren Hierarchiegefüge. Unterstützt wird die Kommission von einem 11-köpfigen Beratergremium. An Glaubwürdigkeit gewann das deklarierte Ziel der Korruptionsbekämpfung auch durch die Berufung des weithin anerkannten bisherigen Leiters von *Transparency International Kenya*, John Githongo, zum Staatssekretär im Präsidialamt im Januar 2003, explizit zuständig für Anti-Korruptionsmaßnahmen.

Vertracktheit und Schwierigkeit des Kampfes gegen Korruption verdeutlicht der Fall der Computer-Firma *Symphony*, die sich ohne Ausschreibung um die Computerisierung aller Ministerien bewarb. Die Firma ist aufgrund früherer Vergehen auf der schwarzen Liste des staatlichen Rechnungsprüfers. Ihre Bewerbung wurde aber dennoch vom neuen Leiter des Öffentlichen Dienstes, Francis Muthaura, befürwortet. Die Firma gehört zudem zur Gruppe der *Da Gama Rose* Unternehmen, deren aktueller Vorstandsvorsitzender der gegenwärtige Vizepräsident Moody Awori ist. Sie hat mithin machtvolle Fürsprecher im unmittelbaren Herrschaftszirkel. Githongo trat der Vergabe des Auftrags an *Symphony* vehement entgegen, mit dem Resultat, dass Anfang Dezember seine Versetzung ins Justizministerium erwogen wurde. Dadurch würde er unter die Kuratel des machtbewussten und mit Muthaura eng kooperierenden Kiraitu Murungi gestellt und seine relative Eigenständigkeit verlieren. Gekommen ist es dazu bislang jedoch noch nicht.

Für die Aussöhnung der kenyanischen Gesellschaft mit sich selbst ist die Aufarbeitung von Verbrechen der Moi-Ära von großer Bedeutung. Zur Einrichtung einer *Truth, Justice & Reconciliation Commission* nach südafrikanischem Vorbild fehlt der Regierung nach langen Vordebatten offensichtlich noch immer der Mut. Eine von Kibaki eingesetzte *Task Force* hatte die Regierung mit ihrem Bericht im September 2003 über die überwältigende öffentliche Zustimmung zur Einrichtung einer solchen Kommission informiert, ohne dass daraufhin eine Entscheidung gefällt worden wäre. Themen sind hier die politischen Verfolgungen in den 1980er und frühen 1990er Jahren und v.a. die ethnischen Vertreibungen zwischen 1992 und 1995 sowie 1997/98, bei denen von KANU-Anhängern rund 500.000 Menschen im Rift Valley und an der Küste von ihrem Land vertrieben und rund 1.500 Menschen umgebracht worden waren. Ein bereits eingesetzter parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Ermordung des Au-

ßenministers Robert Ouko im Jahre 1990 arbeitet bislang unscheinbar und ohne konkrete Ergebnisse. Wesentlich größer aufgezogen sind die Anhörungen der sogenannten Goldenberg-Kommission, die den größten Finanzskandal des Landes untersucht: Durch den fingierten Export nicht-existenter Diamanten hatte 1991/92 das Goldenberg-Unternehmen den Staat um eine Summe von bis zu \$ 1 Mrd. betrogen. Dies hatte nicht ohne Absegnung hoher staatlicher Stellen geschehen können. Das Geld ist u.a. mutmaßlich zur Finanzierung des KANU-Wahlkampfes 1992 genutzt worden. Trotz langjähriger, immer wieder verschleppter Anhörungen ist bislang kein Verantwortlicher verurteilt worden. Die Kibaki-Regierung nimmt mit den Anhörungen nun einen neuen Anlauf zur rechtlichen Aufarbeitung des Skandals. Nicht nur für ehemalige, sondern zumindest auch für einen aktuellen Minister tickt hier eine Zeitbombe, denn der heutige Bildungsminister George Saitoti war seinerzeit Finanzminister (und Vizepräsident) und allem Anschein nach einer der Hauptverantwortlichen. Das Interesse der Regierung gilt dabei auch der möglichen Wiederaneignung der noch vorhandenen Gelder und der Liegenschaften, in die investiert wurde (etwa das Grand Regency Hotel in Nairobi).

Die Reformen v.a. im ersten Halbjahr sind zwar nicht unbedingt mit einem Auge für wirkliche Effizienz, doch dafür mit einem in der kenyanischen Geschichte beispiellosen Eifer und Begeisterung angegangen worden. Dies lässt sich von der vielleicht wichtigsten – weil grundlegendsten – Reform, der Verfassung, nicht behaupten. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass sie mehr als alle anderen Reformen das aktuelle und das zukünftige Machtgefüge betrifft. Dass die Regierung ihr Versprechen, die bereits im Dezember 2000 begonnene Verfassungsreform innerhalb der ersten 6 Monate abzuschließen, nicht einhalten würde, war ziemlich schnell nach der Machtübernahme klar, fehlte doch jetzt die einigende Klammer der Gegnerschaft zu Moi und traten nun die divergierenden Interessen wieder hervor. Ohnehin war der richtige Zeitpunkt für ihren Abschluss bereits verpasst worden. Dieser wäre in der für alle politischen Kräfte unsicheren Phase vor den Wahlen gewesen: Die alte Regierung Moisi hätte einer Beschneidung der präsidentiellen Machtfülle aus Angst zustimmen können, genau dieser im Falle einer Wahlniederlage selbst ausgesetzt zu sein. Das NARC-Bündnis wiederum – sich seines Sieges noch keineswegs sicher – hätte ganz in Übereinstimmung mit den eigenen Leitlinien und für den Fall der erneuten Oppositionsrolle auf eine stärkere Gewaltenteilung drängen können. Gerade diese Unsicherheit – bei relativer Ebenbürtigkeit der politischen Lager – hätte die Verabschiedung einer Verfassung ermöglicht, die über die aktuelle machtpolitische Nützlichkeit hinaus einen grundlegenden Charakter gehabt und damit den eigentlichen Sinn und Zweck einer Verfassung erfüllt hätte. Der im September 2002 vorgelegte Entwurf der Verfassungsreformkommission unter dem Staats-

rechtler Yal Pash Ghai hätte die dafür notwendige Grundlage geliefert.⁴ In der neuen Regierung treffen nun klar widerstreitende Interessen an einem der Kernpunkte der Reform aufeinander: der möglichen Einführung des Amtes eines Premierministers und dessen Ausgestaltung. Um diese Auseinandersetzung näher beleuchten zu können, müssen wir zunächst die Zusammensetzung des NARC-Bündnisses genauer ins Auge nehmen.

Das NARC-Bündnis:

Hält zusammen, was nicht zusammen gehört?

Machtpolitik ist in Kenya möglicherweise noch stärker als in anderen afrikanischen Ländern entlang ethnisch-regionaler Linien organisiert. Auf die Gründe dafür kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Mit dem Regierungswechsel verlagerte sich das politische Gravitationszentrum vom zentralen Rift Valley mit Moïsi Kalenjin wieder in die Zentral-Provinz der Kikuyu, wo es unter dem ersten Präsidenten, Jomo Kenyatta, bereits einmal gelegen hatte. Für Kibakis Wahlsieg waren starke Bündnispartner in den anderen Regionen des Landes maßgeblich. Niemand bestreitet, dass es ohne den Wechsel von Raila Odinga (uneingeschränkter Herrscher im Luo-Land der Nyanza-Provinz) von KANU zu Kibakis Parteienbündnis zum Wahlsieg vermutlich nicht gereicht hätte. Odinga, frustriert von Moïsi eigenmächtiger Kür des KANU-Präsidentschaftskandidaten, hatte die Partei zusammen mit einigen langjährigen vermeintlichen Parteisolдатаn (u.a. Saitoti, dem heutigen Außenminister Kalonzo Musyoka und dem gegenwärtigen Vizepräsidenten Moody Awori) verlassen und damit für den öffentlichen Stimmungsumschwung zugunsten der NARC gesorgt. Diese Rolle Odingas honorierend war in einem *Memorandum of Understanding* (MoU) vor den Wahlen festgelegt worden, dass er das mit der Verfassungsreform neu zu schaffende Amt des Premierministers erhalten würde. NARC ist effektiv ein Bündnis aus 15 Parteien, von denen jedoch nur 4 wirklich bedeutsam sind. Drei davon waren bereits im sogenannten NAK (*National Alliance of Kenya*) zusammengefasst, als Odinga mit der LDP (*Liberal Democratic Party*) vor den Wahlen auf die Oppositionsseite wechselte. Kibaki konnte nur Präsidentschaftskandidat werden, weil etliche frühere und potentielle Kandidaten innerhalb des Bündnis-

⁴ Dieser Entwurf – wenngleich in etlichen Teilen stark verändert – bildet noch immer die Grundlage für die Reform unter der Kibaki-Regierung. Er sieht u.a. die Einführung eines Zwei-Kammer-Parlamentes, die Ersetzung des bisherigen einfachen Mehrheitswahlrechts durch einen am deutschen Wahlsystem geschulten Mix aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht sowie die Möglichkeit eines Amtsenthebungsverfahrens des Präsidenten vor (vgl. *Constitution of Kenya Review Commission*).

ses ihre Ambitionen zurückstellten und damit den Fehler der Opposition aus den beiden vorangegangenen Wahlen vermieden, nämlich uneinig und damit bereits aussichtslos in den Wahlkampf zu ziehen (zur Entstehung und Zusammensetzung des NARC-Bündnisses: vgl. Schaubild in Peters 2002: 337).

Die LDP stellt knapp die Hälfte der 132 NARC-Abgeordneten und besitzt damit ein erhebliches Gewicht.

Nach dem Wahlsieg traten die Gegensätze v.a. zwischen dem NAK- und dem LDP-Lager wieder deutlich zutage. Kibakis innerer Zirkel möchte ein zu starkes Gewicht der LDP verhindern. Zu diesem Zirkel, allesamt Kikuyu und Meru, gehören im Einzelnen

- der Staatsminister für Sicherheit Chris Murungaru,
- der Finanzminister David Mwiraria,
- der Leiter des *State House* Matere Kireri (bis zu seinem Konflikt mit der *First Lady* zu Jahresanfang 2004),
- der Leiter des Öffentlichen Dienstes Francis Muthaura sowie
- Kiraitu Murungi.

Der enorme Einfluss dieses Beraterkreises auf die politische Gestaltung resultiert auch aus der Schwäche des Präsidenten selbst. Kibaki, 73 Jahre alt, ist gesundheitlich nach wie vor beeinträchtigt. Nach seiner Erholung von einem Autounfall im Wahlkampf erlitt er augenscheinlich im Januar 2003 einen leichten Schlaganfall. Er benötigt lange Ruhepausen und hält auch öffentliche Auftritte nicht leicht durch. Seine Rede beim Gebertreffen mit Weltbank, IWF und bilateralen Gebern in Nairobi Ende November letzten Jahres bspw. konnte er infolge eines Schwächeanfalls nicht beenden.

Odinga hat relativ starke Bündnispartner in Außenminister Kalonzo Musyoka aus den Ukambani-Regionen der Ostprovinz, einigen Ministern von der Küste (Najib Balala und neuerdings Emmanuel Karisa Maitha) und Politikern aus der eher zweiten Reihe in der Westprovinz. George Saitoti, Mois langjähriger Vizepräsident, hingegen ist stärker ans NAK-Lager herangerückt. Etwas an Boden verloren hat Odinga in der Westprovinz durch die Berufung des neuen Premierministers. Offiziell zwar der zweite Mann im Staat, besitzt der Vizepräsident traditionell wenig Einfluss auf die machtpolitischen Entscheidungen. Nach dem nicht unerwarteten Tod von Michael Kijana Wamalwa⁵ bekleidet nun seit September Moody Awori dieses Amt. Dessen Ernennung ist einen genaueren Blick wert. Awori gehört Odingas LDP an und ist nach Wamalwas Tod der

5 Offiziell starb Wamalwa nach langem Klinikaufenthalt in London an Nierenversagen, tatsächlich jedoch an Aids. Die Regierung vertat hier wie ihre Vorgängerin erneut eine Chance, Aids aus der Anonymität und Abstraktheit herauszuholen und damit eine nationale Debatte über die Pandemie anzustoßen. Die Menschen wissen um die Krankheit und ihr Ausmaß, doch offiziell hat sie niemand.

ranghöchste Luhya in der Regierung. Wamalwa war Vorsitzender von FORD-Kenya, einer der drei großen Parteien von NAK. Durch den Schachzug, Awori zu ernennen, soll jedoch ein zweites Machtzentrum innerhalb der LDP geschaffen und Odingas Einfluss damit eingegrenzt werden. Gleichzeitig wurde es der LDP damit auch erschwert, nun auch noch das Amt des Premierministers zu fordern – sonst wäre die Partei in Führungspositionen überrepräsentiert. Awori gilt als honorig (Spitzname *Uncle Moody*) und genießt allgemein ein respektables Ansehen. Nach seiner Ernennung ist er stärker an Kibaki herangerückt. Unter Moi hatte er bereits als der ewige Assistenzminister gegolten, bevor er durch den Parteiwechsel politisch an Bedeutung gewann. Mit 77 Jahren ist er älter als Kibaki und in den Augen von dessen Beratern damit die perfekte Besetzung für den Posten, hat er doch damit kaum Ambitionen auf die Präsidentschaft, von der er faktisch ja nur einen Herzschlag entfernt ist. Aworis Ernennung verdeutlicht zudem noch einmal die begrenzte Bedeutung von Parteien, denn normalerweise hätte der Posten an Wamalwas FORD-Kenya gehen müssen. Deren Abgeordnete sind allesamt Luhyas der Westprovinz bzw. des angrenzenden Rift Valleys. Aworis Berufung zeigt an, dass Wamalwa in erster Linie als Vertreter der Luhya denn als Mitglied von FORD-Kenya gewertet worden war. Mit Awori bleibt der ethnische Proporz gewahrt und für wichtiger erachtet als der parteipolitische.

Aktuell bedrohen drei eng miteinander verbundene Konfliktfelder das Überleben der NARC-Regierung. Sie alle sind im Kern Ausdruck des ungelösten Machtkonflikts zwischen den Lagern Kibakis und Odingas.

Konfliktfeld 1 – die Verfassungsreformkonferenz: Diese wird in drei großen Konferenzblöcken (benannt nach dem Museumsdorf, wo sie stattfindet – Bomas) mit 629 Delegierten (alle Parlamentsabgeordneten, Vertreter der 70 Distrikte und Delegierte zivilgesellschaftlicher Organisationen) durchgeführt, die ersten beiden Blöcke wurden im Mai bzw. September 2003 abgeschlossen, der letzte dritte Block gegen den Willen des Kommissionsvorsitzenden Yash Pal Ghai (und in seiner Abwesenheit) vom November auf den Januar 2004 verschoben, allem Anschein nach damit die Gruppe um Kiraitu Murungi Zeit gewinnen konnte, den Reformprozess weiter zu unterminieren. Dem von der Ghai-Kommission vor den Wahlen vorgelegten Entwurf zufolge würde Kenya ein parlamentarisch-präsidentielles Mischsystem erhalten, nicht unähnlich dem französischen Modell und mit Anleihen beim US-amerikanischen. Die Rolle des Präsidenten bliebe trotz einiger Begrenzungen (Parlament könnte im Konfliktfall auch Gesetze gegen den Willen des Präsidenten durchsetzen; Amtsenthebungsverfahren) stark und politikgestaltend. Der neue Premierminister, vom Präsidenten vorgeschlagen, von der stärksten Partei kommend und vom Parlament gewählt, wäre für die Führung der parlamentarischen Geschäfte zuständig. Der Gefahr dadurch nun, einem möglicherweise rivalisierenden, zweiten Machtzentrum ge-

genüberzustehen, scheint Kibakis Beratern wenig verlockend. Justizminister Kiraitu Murungi, selbst Anwalt und einst an der Vorfront im Kampf für eine demokratische Verfassung, ruderte dementsprechend nach den Wahlen zurück und erklärte die Schaffung eines Premierministerpostens für überflüssig. Tatsächlich brauche man keine zwei Machtzentren. Nur bei einem schlechten Präsidenten wie Moi sei eine solche Machtteilung sinnvoll, nicht jedoch angesichts eines noblen Demokraten wie Kibaki. Den grundlegenden Charakter einer Verfassung nicht beachtend wurde damit dieser Punkt ganz unverhohlen zum machtpolitischen Spielball gemacht. Während Odinga sich aus der Debatte persönlich heraushielt, ließ er seine Gewährleute die Situation sondieren und erklärte Anfang November zur Überraschung vieler den Verzicht auf das Amt im Namen der Einheit des Bündnisses. Wenig später machte er deutlich, dass die Einführung des Amtes selbst jedoch für die LDP weiterhin Priorität habe. Die Mehrheit der Delegierten von Bomas III, die am 12. Januar 2004 planmässig begonnen hat, favorisieren ebenfalls die Premierministervariante. Lediglich für die konkrete Ausgestaltung des Amtes (mehr oder weniger Befugnisse?) scheint es Diskussionsraum zu geben. Nicht überraschend daher, dass seit November letzten Jahres Murungi und Co Möglichkeiten eruieren, wie ein anderer, von ihnen besser zu kontrollierender Weg zur Verfassungsreform den Bomas-Mechanismus ersetzen könnte. Bislang ohne Erfolg, auch dank der einmütigen Haltung der Botschaften der Geberländer, deren Segen für ein solches Vorgehen die Gruppe im November vergeblich versuchte zu erhalten. 20 Botschaften drückten Mitte Januar diesen Jahres noch einmal ihre Unterstützung für den vorgesehenen Weg zur neuen Verfassung aus.

Konfliktfeld 2 – die Präsidentenfrage 2007: Im *Memorandum of Understanding* war auch festgehalten worden, dass Kibaki lediglich eine Amtszeit absolviert – angesichts seines Gesundheitszustandes scheint eine zweite ohnehin ausgeschlossen. Im Selbstverständnis vieler Kikuyu ist durch Kibaki die Präsidentschaft nun zu ihnen zurückgekehrt und sie wollen sie – ob durch Kibaki oder einen anderen – in der Zentralprovinz festhalten. Dementsprechend wurden Ankündigungen von Aussenminister Musyoka, 2007 für die LDP als Präsidentschaftskandidat antreten zu wollen, als Angriff auf diesen Machtanspruch gewertet. Odinga wiederum scheint einen Strategiewechsel vorgenommen zu haben: Bildung eines Doppelgespanns mit einem politischen Mittelgewicht wie Musyoka, das mit der Aussicht auf die Präsidentschaft zwar die Kamba-Stimmen mobilisieren kann, aber aufgrund fehlender schlagkräftiger Netzwerke und begrenzter allgemeiner Kompetenz lenkbar ist. Musyokas deutliche Ambitionen haben das Koalitionsklima weiter verschlechtert.

Vor diesem Hintergrund ist die Vertiefung in *Konfliktfeld 3* zu sehen – dem umstrittenen Zusammenschluss aller Einzelparteien des Bündnisses zu einer Ge-

samtpartei, eine Forderung, die Murungi und Co wiederholt vorgebracht haben, die nun aber an Brisanz gewonnen hat, nachdem Kibaki kurz nach Weihnachten alle Einzelparteien für obsolet erklärt hatte. In Verkennung der Rechtslage hatte er verkündet, dass alle Einzelparteien bereits aufgehört hätten zu existieren und damit für reichlich Verwirrung gesorgt. Die LDP besteht auf die Wahrung ihrer Eigenständigkeit, weil sie nur so ihre innere Kohärenz er- und ein entsprechendes Verhandlungsgewicht behalten kann.

Die Opposition wiederum versucht, die Risse innerhalb des Regierungsbündnisses zu nutzen, ist in sich selbst aber auch alles andere als homogen. Die größte Gruppe, der neue Zusammenschluss aus Teilen der KANU und Simeon Nyachae's *FORD-People* unter dem Namen *Coalition for National Unity* (CNU), steht in Konsultationen mit dem NAK-Flügel, und es gibt offensichtlich konkrete Überlegungen, die LDP-Gruppe um Odinga durch die CNU zu ersetzen. Andere Teile der KANU unterhalten aber Verbindungen zur LDP. Gegenwärtig erscheinen drei Szenarien denkbar:

Szenario 1: Das NARC-Bündnis hält bis zu den Wahlen 2007. Im Vorfeld der Wahlen bilden sich neue Allianzen.

Für dieses Szenario spricht das Eigeninteresse der politischen Führungskräfte und der Parlamentarier. Alle anderen Bündniskonstellationen (s.u.) bieten ihnen zu ungewisse Aussichten auf Zusammenhalt (s.u.), so dass ein Festhalten an der jetzigen Koalition sinnvoll erschiene. Vor den nächsten Wahlen würden die Einzelparteien NARCs neue Bündnisse durchaus auch mit den heutigen Oppositionsparteien suchen. Welche Konfigurationen sich dann ergeben könnten, ist aufgrund der hohen Fluidität in der kenyanischen Parteienlandschaft nicht zu antizipieren. Denkbar wäre, dass Musyoka und Odinga als Team in den Wahlkampf zögen. Sie wären aber, um Chancen auf einen Wahlsieg zu haben, auf Bündnispartner in weiteren Landesregionen angewiesen. Kibaki wird voraussichtlich aus gesundheitlichen Gründen nicht noch einmal antreten. Die NAK-Gruppe und hier speziell die DP Kibakis müssten sich im Vorfeld der Wahlen daher auf einen neuen Präsidentschaftskandidaten einigen. Dieser ist noch nicht in Sicht. Von einigen in Kibakis Beraterzirkel scheint es Präferenzen für Paul Muite zu geben, einst einer der Führungsköpfe der zivilgesellschaftlichen Opposition gegen Moi und gegenwärtig für *Safina* im Parlament. In seiner Rolle als Vorsitzender des Parlamentskommittees zur Verfassungsreform kooperiert er eng mit Murungi und Murungaru. An Muites Ambitionen würde diese Option gewiss nicht scheitern, vermutlich wohl aber an seiner beschädigten politischen Reputation (nahm Geld von Goldenberg-Besitzer Kamlesh Pattni, stand 2002 kurz vor dem Offenbarungseid) und dem fehlenden Rückhalt unter den Kikuyu außerhalb seines Kiambu Distrikts. Über eine alternative Führungsfigur mit entsprechender Strahlkraft aus der Zentralprovinz verfügt das Regierungslager

jedoch auch nicht, so dass im Kikuyuland ein Machtvakuum nach Kibaki droht. Ob dieses Uhuru Kenyatta, zur Zeit für die KANU Offizieller Oppositionsführer im Parlament, ausfüllen könnte, erscheint unsicher. Kenyatta hatte sich im Wahlkampf bereits von Moi zu emanzipieren begonnen und an Statur gewonnen. Doch gegenwärtig befindet sich die KANU in einem internen Richtungskampf zwischen ihrer noch nicht gefestigten Kikuyu-Flanke und dem Rift Valley-Standbein von Moisi Kalenjin – Ausgang offen.

Am Fortbestand des NARC-Bündnisses bis zur nächsten Wahl lässt Kibakis Beraterkreis jedoch Zweifel aufkommen. Wiederholt hat er Chancen zur Deeskalation ausgelassen und scheint ein nachhaltiges Interesse an einer Begrenzung des politischen Gewichts Odingas zu haben. Ob die Strategie primär auf eine Einhegung von Odingas Ambitionen *innerhalb* des Bündnisses zielt oder darauf, ihn mit (Teilen der) LDP aus der Regierung herauszudrängen, ist nicht ganz eindeutig. Dann kämen die Szenarios 2 oder 3 zum Tragen.

Szenario 2: Das NARC-Bündnis zerbricht, die LDP wird durch die KANU bzw. CNU ersetzt.

Dieses Szenario wäre ein politisches Desaster für das Land. Die KANU war nahezu 40 Jahre an der Macht, von denen mindestens die letzten 20 Jahre als wirtschaftlich und sozial verloren gelten müssen. Sie hat sich in der kurzen Zeit der Opposition noch nicht erneuert und wird immer noch von den Säulen des Moi-Regimes getragen, inklusive Moi selbst, der bei den Konsultationen eine zentrale Rolle spielen soll. Die KANU aber ist in jeder nur denkbaren Weise nachhaltig diskreditiert. Der Aufbruch des Jahres 2003 würde schlagartig kollabieren. Auch könnten Kibaki und Co. kaum behaupten, dies würde dem Wählerwillen entsprechen: Kibaki ist in der Nyanza-Provinz, in weiten Teilen Ukambanis, der Küste, den südlichen Maasai-Gebieten und in Nairobi gewählt worden, weil er die Unterstützung der LDP hatte. Zudem war es der gemeinsame Nenner des Wählervotums, die KANU in die Opposition zu schicken. Die Aufarbeitung der Verbrechen der Moi-Ära könnte vermutlich nicht fortgesetzt werden, weil zu viele der damals Verantwortlichen wieder in Führungspositionen rutschen würden. Innerhalb eines solchen Bündnisses wären dennoch erhebliche Konflikte vorprogrammiert, etwa die um den Besitz des *Kenyatta Conference Center*, das die KANU zu besitzen beansprucht, das aber von der neuen Regierung unmittelbar nach Machtantritt beschlagnahmt worden ist. Die Regierung würde nach außen hin indes auf einer noch breiteren Basis stehen: die CNU verfügt über 77 Mandate und könnte die LDP problemlos ersetzen, ohne dass die Regierung an Stimmen einbüßen würde. Gegen dieses Szenario spricht, dass Kibaki und seinem Küchenkabinett bewusst sein dürfte, dass sie damit ihre Glaubwürdigkeit und die Legitimation für ihren Regierungsauftrag verlieren würden.

Szenario 3: Odinga und die anderen Luo verlieren ihre Kabinettsposten, der Rest der LDP verbleibt in der Koalition. Diese kann auf geschrumpfter Basis fortbestehen.

NARC verlöre die 22 Abgeordneten der LDP aus Odingas Nyanza-Provinz, könnte aber durch Integration von Vertretern der Kleinstparteien (*Safinas* Paul Muite) und möglicherweise einiger Kikuyu-Abgeordneter der KANU, die bereits Unterstützung für Kibaki signalisiert haben, eine hinreichend stabile Parlamentsmehrheit von rund 115-117 Abgeordneten zusammenbringen. Die LDP würde sich von Odinga distanzieren, hinter dem dann lediglich die Luo-Abgeordneten der Nyanza-Provinz stünden und wodurch er wieder zu einem ethnisch-regionalen Führer reduziert würde. Von Teilen der LDP gibt es bereits Absetzbewegungen, wie etwa von Vizepräsident Awori mit den Luhyas der Westprovinz und George Saitoti für die Maasai im Rift Valley. Wesentlich wird es darauf ankommen, ob Odinga das Sub-Bündnis mit Musyoka und den Vertretern der Küste aufrecht erhalten kann. Denen würde aber für diesen Fall der Verlust ihrer Ministerposten (-& Gehälter) drohen, ohne Aussicht durch die Kooperation mit Odinga in absehbarer Zeit an die Macht zurückzukehren. Da sämtliche Bündnisse aus reinem machtpolitischem Kalkül geschlossen werden, halten sie nur solange wie sie diesem Zweck dienen. Programmatische oder gar ideologische Gründe für die Allianzen existieren nicht. Für Musyoka und Co könnte die Kooperation mit Odinga daher schnell disfunktional werden.

Unabhängig davon, welches dieser Szenarien tatsächlich zum Tragen kommt, ist deutlich, dass die Herausbildung einer festen Parteienlandschaft nicht in Sicht ist. Parteien und Parteialianzen bleiben beliebige Vehikel zur Verfolgung programmatisch nicht verankerter Machtinteressen.

Szenario 3 erscheint mir das Wahrscheinlichste. Es würde nicht zum kompletten Kollaps des Aufbruchs nach dem Ende der Moi-Ära führen. Die potentiellen KANU-Überläufer aus der Zentral-Provinz haben mehrheitlich bereits für die Opposition während des Moi-Regimes im Parlament gesessen und werden daher nicht mit KANU identifiziert wie etwa die Rift Valley Barone Nicholas Biwott und William Ruto. Diese blieben als die Hauptprotagonisten des alten Regimes ausgeschlossen, was der Regierung einen Gutteil ihrer moralischen Legitimation beließe. Für die Luo indes würde sich Geschichte in geradezu fataler Weise wiederholen: In der Endphase des kolonialen Kenya hatte Odingas Vater Oginga den Führungsplatz in der KANU dem damals inhaftierten Jomo Kenyatta mit freigehalten. Nach der Unabhängigkeit wurde er dafür mit dem Amt des Vizepräsidenten entlohnt, musste dies kurz darauf jedoch wieder räumen, um nach kurzem Übergang Moi Platz zu machen. Dies gilt in den Augen der Luo bis heute als *der* Sündenfall des Kenyatta-Regimes und ist einer der Hauptgründe für die tiefen Gräben zwischen Kikuyu und Luo, deren Zuschüttung mit dem NARC-Bündnis gerade erst wieder begonnen hat(te). In der Ny-

anza-Provinz würde ein Exit Odingas als neuer Verrat verstanden werden. Die Stabilität des Landes würde davon vermutlich nicht erschüttert, die Luo und ihre Provinz würden auf unabsehbare Zeit jedoch marginalisiert werden.

Der Optimismus jedenfalls, der die Kenyaner zum Jahreswechsel 2002/2003 beflügelte⁶, ist mittlerweile weitgehend verflogen: Nach der neuesten Gallup-Umfrage erwarteten im Dezember 2003 nur noch 47% der Bevölkerung, dass das kommende Jahr für sie besser werde. Damit hat sich die Erwartungshaltung der Bürger wieder dem Wert zu Beginn des letzten Moi-Jahres von 39% angenähert (vgl. www.gallup-international.com). Die Bürger mögen anfängliche Illusionen über die Regierung Kibaki verloren und die Regierung ihrerseits mag damit einen Teil des „guten Willens“ der Öffentlichkeit eingebüsst haben, die Chancen auf einen nachhaltigen politischen Aufbruch bestehen dennoch durchaus weiterhin. Das erste Regierungsjahr Kibaki ist gleichzeitig gekennzeichnet von Erneuerung und Kontinuität gegenüber dem alten Moi-Regime. Der Weg in beide Richtungen ist offen.

Bibliografie

- Anderson, David (2002): Vigilantes, violence and the politics of public order in Kenya. in: *African Affairs*, 101 (2002): 531-555
- Constitution of Kenya Review Commission: Draft Bill – the Constitution of the Republic of Kenya*, Nairobi 2002
- Mehler, Andreas (2003): Legitime Gewaltoligopole – eine Antwort auf strukturelle Instabilität in Westafrika? Focus Afrika – IAK-Diskussionsbeiträge Nr. 22, Hamburg.
- Peters, Ralph-Michael (2002): Machtwechsel in Kenya – Oppositionssieg im dritten Anlauf. in: *afrika spectrum*, 37 (2002) 3: 335-350.
- Theroux, Paul (2003): *Dark Star Safari*. London.
- UNDP (2003): *Human Development Report 2003*. New York, Oxford.

Ralph-Michael Peters ist freier Mitarbeiter des IAK. Mehrere Forschungsaufenthalte in Kenia seit 1994, zahlreiche Veröffentlichungen über Demokratisierung und Zivilgesellschaft in Kenia. Weiterer Arbeitsschwerpunkt: Wahlen und Wahlbeobachtung in Afrika, mehrere Wahlbeobachtungen für die EU und Dienste in Übersee/EED-Berater und Trainer im Bereich Wahlen und Wahlbeobachtung.

6 Der *Steadman Research*-Gruppe zufolge, die drei Monate nach Bildung der Regierung Kibaki die Stimmung in der Bevölkerung erneut untersuchte, war im März 2003 der Optimismus-Wert sogar auf 87% angestiegen. *Steadman-Research* ist der kenyanische Vertragspartner von Gallup-International und steuert die kenyanischen Daten für den *End-of-Year-Poll* bei. Die März-2003-Umfrage wurde mit der gleichen Methode durchgeführt (vgl. *Steadman Research Services*: www.steadman-group.com/srs/opinion_poll.html).

